

Kommunales Kleinvieh

Kleinvieh macht auch Mist. So sehen es in diesen klammen Zeiten immer mehr Kommunen und drehen an der Gebührenschaube. In Philippsburg ist zum neuen Jahr die Hundesteuer verdoppelt worden, weshalb jetzt nicht wenige Herrchen und Frauchen stinksauer sind. Im Rathaus wird versichert, es handle sich um eine „ordnungspolitische Steuerungsmaßnahme“, weil es zu viele Probleme mit Vierbeinern und deren Hinterlassenschaften gegeben habe. Zudem sei es die erste Erhöhung der Hundesteuer seit 13 Jahren, so Bürgermeister Stefan Martus.

Dennoch macht die Argumentation skeptisch. Schon deshalb, weil die Hunde-

Randnotizen

steuer mit anderen Gebührenerhöhungen in Philippsburg, etwa bei Kinderbetreuung, Schülerhort und Bäder-Eintritten einherging. Auch lehrt die Erfahrung, dass die Deutschen zwar gerne sparen, viele aber zuletzt bei ihren Haustieren. Nach Angaben des Zentralverbands Zoologischer Fachbetriebe sind die Ausgaben für Heimtierbedarf im Krisenjahr 2009 sogar gestiegen – auf 3,5 Millionen Euro. Diese gigantische Zahl bestätigt den Volksmund bezüglich Kleinvieh und Mist.

Die Kommunen ächzen unter Gewerbesteuer-Ausfällen und Vorgaben aus Brüssel und Berlin. Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Bundesregierung reißt weitere Löcher, etwa durch die erwarteten Ausfälle wegen der reduzierten Hotel-Mehrwertsteuer. In Stuttgart erwägt der Gemeinderat deshalb eine so genannte Bettensteuer. Und in Bruchsal steht in der kommenden Woche – vielleicht rein zufällig – die Erhöhung der Vergnügungssteuer an.

Und so ist davon auszugehen, dass es in der nächsten Zeit vermehrt zu leidigen Diskussionen um Erhöhungen kommunaler Steuern und Abgaben kommen könnte. Schmerzhaftes Einschnitte wird es wohl nicht nur für Hundefreunde geben, sondern vor allem auch für jene, die kommunale Einrichtungen besonders intensiv nutzen – und vielfach auf diese angewiesen sind. Also hauptsächlich Familien mit Kindern und ältere Menschen.

Dabei ist natürlich allen Beteiligten völlig klar – ob in Philippsburg, Bruchsal oder Berlin –, dass es eigentlich dringend struktureller Veränderungen bedarf, um die kommunalen Aufgaben dauerhaft zu sichern. Daniel Streib